

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugskarte: Ein Jahr monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlags-Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-4 / Geschäftsstellen- und Redaktion: Altonaerstraße 2 / Fernsprecher: 17274 / Postfachkonto: Dresden Nr. 1844-Extrachunden; Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die neunmal getragene Normalzeile oder deren Raum 0,33 RM, im Familien- und in der Kolonialzeit an den dreifachen Preis. Die 9 Uhr vorrätige in der Expedition Dresden-4, Altonaerstraße 2. Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Anzeigenpreise steht der Verleger zur Verfügung der Zeitung oder auf schriftliche Bestätigung des Verlegers

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 8. Januar 1930 Nummer 6

## Zörgelbel stellt Bismarck und Jagow in den Schatten

# Neue Polizeiprovokationen in Berlin

Zörgelbel überfällt eine Beerdigungslundgebung / Die Polizei versucht rote Fahne und Kranz zu beschlagnahmen

Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Die Polizei des Sozialistischen Zörgelbel benutzte die getriggerte Beerdigungslundgebung der Berliner Arbeiterkassen zu Ehren der von der Klassenjustiz und nationalsozialistischen Banditen ermordeten Genossen Robisch, Meier und Walter Neumann, um neue Ueberfälle gegen die revolutionäre Arbeiterkassen durchzuführen. Auf dem Kaiserlicher Platz wollte ein Polizeihauptmann eine rote Fahne und einen Kranz beschlagnahmen, wobei es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Demonstranten kam. Ueberraschend versuchte die Polizei, die in der Uniform des nicht zu verletzenden Roten Frontkämpferbundes aufmarschierten Genossen zu verhaften. Dieser brutale Ueberfall auf die Beerdigungslundgebung, der offensichtlich eine bewusste und vorbereitete Provokation der Polizei war, löste bei der Arbeiterkassen die größte Empörung aus. Selbst unbeteiligte Passanten äußerten ihren schärfsten Unwillen über die brutalen Maßnahmen der Zörgelbel-polizei. Trotz herbeigerufenen Polizeiverstärkung gelang es nicht, den Demonstrationzug aufzulösen. Geschlossen marschierten die Arbeiter nach Friedrichsfelde.

Diese neue Polizeiprovokation, die ein Glied der Politik zur Vorbereitung des Verbots der Kommunistischen Partei sind, zeigen der Arbeiterkassen, daß den sozialfaschistischen Polizeikräften kein Mittel zum Kampf gegen das revolutionäre Proletariat schont. Nicht nur, daß die Klassenjustiz mit einem barbarischen Strafstoß proletarische Klassenkämpfer mordet, nicht nur, daß die Polizei ruhig zuseht, wenn nationalsozialistische Banditen organisierte Revoluzzerüberfälle auf revolutionäre Arbeiter durchführen (der gestern beerdigte Genosse Walter Neumann ist eines der Opfer des faschistischen Terrors), darüber hinaus werden selbst die Teilnehmer an einer Beerdigung bewußt provoziert, verfolgt und verhaftet. Damit haben Zörgelbel und seine Partei wieder einmal bewiesen, daß sie die Bismarck- und Jagow-zeit in den Schatten stellen. Der Sozialfaschismus ist der Schrittmacher des Nationalfaschismus. Das beweisen die getriggerten Polizeiprovokationen mit aller Deutlichkeit.

## Verachtung für die Zörgelbel-Partei Eine sozialdemokratische Funktionärin tritt zur KPD über!

Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Auf der Redaktion der roten Fahne erschien gestern Abend die Arbeiterin Bartsch aus Berlin O, Blumenstraße 27, und erklärte stützend vor Erregung: Ich war heute auf dem Kaiserlichen Platz anlässlich des Begräbnisses der beiden Toten der Kommunistischen Partei. Was ich da miterlebte und mit eigenen Augen gesehen habe, ist mir wirklich grauenregend: Wie man in einem Trauerzug mit Gummiknüppeln einschlug, wie man auf die Menschen trat, wie man rote Fahnen zerriß. Das ist die Polizei des Mannes, der noch vor kurzem mein Vorgesetzter war. Ich war seit meinem 14. Lebensjahr als Tabakfabrikanterin gewerkschaftlich und politisch organisiert, bin nach dem Kriege fünf Jahre sozialdemokratische Stadtratsmitgliedin in Schwedt a. O. gewesen. Aber was ich in der letzten Zeit hier in Berlin an politischer Brutalität erlebt habe, läßt mich von ganzem Herzen die Partei verlassen, der ich den Glauben und die Kraft meiner Jugend gewidmet habe.

So schwer es mir ist, ich mußte mich von der SPD loslösen, die keine Partei der Arbeiter mehr ist. Ich weiß, und gerade die getriggerten Provokationen haben mich gemahnt, was ich nun zu tun habe. Die KPD hat von heute an in mir ein neues Mitglied gewonnen.

## Einheitsfront von der SPD bis zu den Nazis

Die Berliner Stadtratsversammlung unter dem Schutz des Polizeicommissars  
Berlin, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Anlässlich der getriggerten Berliner Stadtratsversammlung, in der die Dringlichkeitsanträge der Kommunistischen Partei gegen die Finanzpolitik behandelt werden sollten, bot das Rathaus wieder das Bild eines Beerdigungslundgebung. Zur gleichen Zeit, in der Zörgelbel Soldaten die Trauerdemonstration für unsere im Klassenkampf gefallenen Genossen auseinandertrieb und wieder auf demonstrierende Arbeiter schlug, tagte im roten Haus die Stadtratsversammlung buchstäblich unter dem Schutz politischer Krieger. Diese unerbittlich propagierende Maßnahme veranlaßte dann die kommunistische Fraktion zur Einbringung eines Antrages, in dem schärfster Protest eingelegt und sofortige Entlassung der Polizei verlangt wurde. Mit allen Mitteln versuchte der sozialdemokratische Stadtratsvorsitzende Hag, die Abstimmung dieses Antrages zu verhindern.

Der Sozialdemokrat Hag wurde zum Stadtratsvorsitzenden mit Hilfe der Deutschnationalen wiedergewählt. Die Sozialdemokraten ihrerseits wählten dafür den Deutschnationalen Genoss zum 2. Stadtratsvorsitzenden.

Die Behandlung sämtlicher Dringlichkeitsanträge der kommunistischen Fraktion gegen die Finanzpolitik über Berlin wurde durch Widerstand einer Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Damit hat die Stadtratsversammlung, die erst in ihrer letzten Sitzung unter dem Massenbrand, gezwungen durch die Kommunisten, die Tarifherabsetzung ablehnte, die letzte die Unterstützung für die Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger beschloß, zum Ausdruck gebracht, daß ihre Proteste nicht weiter als betrügerische Manöver für die breiten Massen der Berliner wertvollen Bevölkerung gewesen sind.

Als Genosse Platz erneut die Entlassung der Polizei aus dem Hause in einem Dringlichkeitsantrag verlangte, in dem gleichzeitig auch die blutigen Polizeiprovokationen des getriggerten Tages angeprangert wurden, kam es zu Sturmworten, die zuerst zur Unterbrechung und dann zur endgültigen Vertagung der Stadtratsversammlung führten.

## Bauern-Rebellion in Franken

Reifige Bauernlundgebung in Würzburg protestiert gegen die Kulakenhilfe der Reichsregierung

Würzburg, den 7. Januar 1930.  
Wir erhalten folgende alarmierende Nachrichten: Hier (und Sonntag in der Stadthalle Würzburg, einem der größten Säle der Stadt, eine Massenlundgebung fränkischer Bauern statt. Es sprachen der süddeutsche radikale Bauernführer Eitus Heller sowie Migolli, Führer der tschechischen Bauernpartei Jankovics, Richter des Büros zur Vorbereitung des Europäischen Bauernkongresses und Arbeitsbauern aus den verschiedensten Teilen des Reiches, wie Dörschinger, Medtner, Oldenburg, Heßen, Thüringen und Baden. Heller besprach die kranke Not der Arbeitsbauern in Bayern, Württemberg und Baden. Ausgehend von der Lage in Italien erklärte Migolli Faschismus und Krieg als Todfeind der Bauern. Anschließend zeigte Richter die europäische Agrarkrise nördlich als Krise der kleinen und armen Bauernwirtschaften in den europäischen kapitalistischen Ländern auf. Als dieser Redner die Tatsache der Verschleuderung von 6 Millionen Mark für die ausgewanderten russischen Großbauern unter Gegenüberstellung des Massenlebens der schaffenden Bauern in Deutschland stellte, als weiterhin ein bäuerlicher Redner an Hand der Vorgänge in Paganow (Grenzmark) nachwies, daß Kulturamtsbesitzenden und Landbank mit Vertreibung der Stieber von ihren Steffen

durch Kulaken drohen, falls sie nicht bedingungslos die entsprechenden Verträge unterzeichnen, erhob sich ein ungeheurer Entrüstungssturm gegen die Kulakenhilfe durch die Reichsregierung.

In einer angenommenen Protestresolution wurde die sofortige Sperierung der Kulakenhilfe von der Reichsregierung gefordert.

Unter dem spontan ausbrechenden Beifall der Tausende fränkischer Bauern traten die Redner für die Verjagung der per-

## Kronzeugen der Klassenjustiz fallen gelassen

Dresden, 8. Januar.  
Im Dresdener „Landeslebensdruck“prozeß ist eine interessante Einzelheit von großem Interesse. Der von der Arbeiterkassen seit vielen Wochen wiederholt als Würtling bezeichnete Polizeioberleutnant Lehmann, der seine Stellung als beispiellosem Mißbrauch minderjähriger Mädchen in geschlechtlichen Dingen benutzte, hat es nicht gewagt, vor dem Klassengericht zu erscheinen und gegen die 38 schändlichen Arbeiter auszusagen. Der Vorsitzende erklärte, der Zeuge Oberleutnant Lehmann sei krank. Es heißt weiter, Lehmann habe einen Nervenzusammenbruch erlitten. Wir gehen aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß es der Bürde nicht gewagt hat, nachdem er von der Arbeiterkassen entsprechend gekennzeichnet worden ist, sich und seine Erbärmlichkeit der Öffentlichkeit zu präsentieren. Ein Erfolg für die Angeklagten, von ungeheurer moralischer Tragweite. Die Klassenjustiz muß ihre Zeugen fallen lassen. Das bürgerliche Klassensystem, seine Justiz und seine Polizei ist diese Kreaturen wert. Die Arbeiterkassen wird mit ihnen aufräumen!

räterischen bauernfeindlichen Führer der Agrarorganisationen und ihrer sogenannten Reichsbauernfront, für die Parole:

In Massen los vom Großgrundbesitz  
ein, ferner gegen jegliche Ausbeutung durch das Kapital, gegen die Vorbereitung eines kommenden Krieges und gegen den Faschismus, für die bäuerliche Einheitsfront im Bunde mit allen Werktätigen, nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern Europas. Der Aufruf hierzu soll der ebenfalls mit großer Begeisterung aufgenommenen,

im März 1930 stattfindende Europäische Bauernkongress

sein. Unter Zusammenfassung der schon bestehenden Länder- und Bezirkskomitees wurde ein sogenanntes Nationalkomitee zur Vorbereitung des Europäischen Kongresses gegründet und als

## Das sind die „Linken“ Steuerräuber

# Fleißner, Toni Gender, Krähig, Schirmer, Arzt stimmten für die Erhöhung der Tabaksteuer!

In der Reichstagsitzung am 21. Dezember v. J. erfolgte die endgültige namentliche Abstimmung über das vom Reichsfinanzminister Schäfer vorgeschlagene und von Hilferding eingereichte Sofortprogramm zur Finanzreform. Zu diesem Sofortprogramm gehört auch die Erhöhung der Tabaksteuer, durch die weitere 220 Millionen aus den Taschen der Konsumenten herausgezogen werden.

Im einzelnen sieht die Tabaksteuernovelle eine Erhöhung der Bänderrolsteuer um 10 Prozent, der Steuer für selbsteingeschnittene Tabak um 35 Prozent, des Pfeifentabaks um 75 Prozent, der Kautabaksteuer um 100 Prozent und schließlich eine Erhöhung des Zigarettenpreises um 100 Prozent vor. Schon an diesen Einzelheiten der Tabaksteuernovelle erkennt man, daß ausschließlich die arbeitende Bevölkerung von der Steuererhöhung getroffen wird.

Das jetzt vorliegende Sitzungsprotokoll der 122. Sitzung des Reichstages enthält die Namen aller Abgeordneten, die für die Tabaksteuererhöhung gestimmt haben. Unter diesen befinden sich auch folgende „linke“ sozialdemokratische Abgeordnete unseres Wahlkreises:

Fleißner, Toni Gender, Krähig, Schirmer und Arzt.  
Daß die Schamlosigkeit der Sozialdemokraten gegenüber der Arbeiterklasse keine Grenzen mehr kennt, beweist auch die Tatsache, daß sie sich nicht scheuen, Massensteuern zu bewilligen, während sie

den kommunistischen Antrag auf Erhebung einer Millionensteuer, in Einheitsfront mit Hugenberg, ablehnten. Und die „Linken“, die im Lande verlogene radikale Redeballast und Artikel schreiben, beteiligen sich aktiv an der Durchführung der Beschlüsse des Truistkapitals. Arbeiter, heraus aus der Partei der Steuerräuber! Einlein in die kommunistische Partei!

B  
Zeuge  
aner  
3572  
me  
ische  
aren  
Globe  
1844  
1920  
00 46  
a  
rt  
Preis  
-10  
Klame  
Defa  
ng  
pfe  
g 22  
erschalt  
ni  
Stabe  
var  
it  
10  
r  
Nr. 39  
haus  
De 23  
n  
p atten  
ton  
n, Code  
ulung  
10.-  
an ung  
3.-  
berstet  
13  
hle  
Stenl  
e Nr. 80  
erstrabe  
rren-  
waren  
B  
bach  
1847 72  
diung  
r  
rie  
be 50  
AD  
119  
waren  
mittel  
über  
1847 30